

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes



1914

Abonnementpreise mit der Zeitungsabgabe: Ein Jahr 10 Mk., sechs Monate 6 Mk., drei Monate 3 Mk. 50 Pf. Einzelhefte 10 Pf. Druck der Zeitungsabgabe in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bismarckstr. 14. Fernschreiben nach Leipzig, Chemnitz, Bismarckstr. 14. Fernschreiben nach Leipzig, Chemnitz, Bismarckstr. 14.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Et. 2486. Druckerei: St. Jungferstraße 14, I. Et. 1768. Verlagsdirektor: St. Jungferstraße 14. Et. 1768. Erscheinungstag: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postamt Dresden, Postfach 100. Preis 10 Pf. pro Nummer. Postamt Dresden, Postfach 100. Preis 10 Pf. pro Nummer. Postamt Dresden, Postfach 100. Preis 10 Pf. pro Nummer.

Nr. 149.

Dresden, Freitag den 1. Juli 1910.

21. Jahrg.

Das Zentrum.

Die Befreiung der bürgerlichen Parteien hat nicht zum wenigsten auch das in aller seiner Wandlungsfähigkeit bisher scheinbar unwandlungsfähige Zentrum ergriffen. Der Glaube an seine Unverletzbarkeit ist gewichen.

Das Zentrum unterscheidet sich von allen Parteien dadurch, daß ihm die Wähler zugeworfen werden. In den geborenen Gesetzgebern der ersten Kammer kommen in Deutschland die geborenen Wähler des Zentrums. Die dieser Partei gebührende Wahlkreise waren bisher zum größten Teil ihrer politischen Majorität. Die katholische Geburt entschied über die Parteizugehörigkeit. Doch hat in dem überwiegend protestantischen Deutschland der katholische Klerikalismus bisher den stärksten politischen Einfluß gehabt, und eine antikerikale Bewegung ist völlig erfolglos geblieben.

Zwei Parteien leben und gedeihen in Deutschland vom allgemeinen, gleichen Wahlrecht: Die Sozialdemokratie und das Zentrum. Wir wachsen mit dem Wachstum des Industrieproletariats, das Zentrum erhält sich mit der Erhaltung der katholischen Bevölkerung. Die Sozialdemokratie vertritt gleichermäßen auf gesetzmäßige Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung wie auf die fortschreitende Aufklärung und Bildung der Massenbewegung und des Massenwillens. Wir fangen aus der Zukunft unsere unüberwindliche Kraft. Das Zentrum hingegen sammelt alle historischen Kräfte unserer Kultur, alles Gelehrte und Gelehrte. Wir wenden uns an die Vernunft des Romanen, der Klerikalismus an die Autorität des Gewissen. Wir rechnen mit der freien Entscheidung der zu Persönlichkeiten gereiften Masse und Klasse, das Zentrum baut auf die gläubige folglose Untertänigkeit einer geistig gebundenen Menge. In der Sozialdemokratie sind die Führer die Beauftragten des Volkes, im Zentrum wiederholt sich politisch das Spiel der gemäßigten wissenden Priester und des nachhallenden Chorus der Laien; die frontende Herde darf auch politisch das offenkundige „Wach“ nicht selbst lesen, sie muß sich dem gebrauchswilligen Führer unterordnen. So wagt sie zwar auch das Zentrum in demokratischem Boden und saugt aus der Masse seine Kraft, aber aus einem Boden, der noch nach dem Dreifelderbestem bewirtschaftet wird, und aus einer Masse, die sich geistig nicht entwickeln kann. Die Zentrumspartei ist der politische Feind, den die katholische Kirche vom deutschen Volke erhebt.

Brauchte bisher das Zentrum das demokratische Wahlrecht, als einzige bürgerliche Partei, nicht zu fürchten, so bedurfte es aber, zum Unterschied von der Sozialdemokratie, dieses Wahlrechts nicht. Es geblieb nicht minder unter dem Reichswahlrecht, wie in den Einzelstaaten unter dem preussischen Dreiklassenwahlrecht, das es ungestraft zu erhalten wagen durfte, oder dem nur durch eine agrarische Wahlrechtsbegünstigung getriebenen demokratischen Wahlrecht in Bayern. Es behauptete seine Herrschaft unter dem direkten und indirekten, unter dem gleichen und Klassenabgestuften, unter dem geheimen wie öffentlichen Wahlrecht, unter dem System der absoluten wie der relativen Mehrheit. Nur unter der Gleichberechtigung der großen Städte würde es leiden, aber die hat es bisher zu verhindern vermocht. So blieb es im wesentlichen bis zur Reichsfinanzreform von 1909. Das Zentrum durfte jede Politik wagen, jeden Widerspruch, jeden Verrat und Betrug sich ungestraft leisten, weil seine Wähler nicht für die Zentrumspolitik, sondern für die katholischen Glaubensgenossen stimmten. Es konnte mit einer gewissen auf den ostdeutschen Großgrundbesitz zugeschnittenen Agrarpolitik die Kleinbauern des Südens an sich fesseln und war imstande, jede selbständig aufstrebende Kleinbauernbewegung nach einiger Zeit zu unterdrücken. Es durfte eine den Interessen der Kapitalisten dienende Sozial-, Ausbildungs- und Steuerpolitik treiben und behielt doch große Massen katholischer Arbeiter, die es politisch ausbeutete und wirtschaftlich spaltete. Es ward ihm möglich, seine aller deutschen Anteiligen abgewandte rückläufige Weltanschauung offen zu verkünden und doch inmitten dieser gesellschaftlich herrschenden modernen Bildung das neue Jahrhundert in der Profitierung des bürgerlichen Rechts am Triumphwert klerikalen Geistes zu schaffen, wie es ihm gelang, mit den protestantischen Junkern und — Liberalen gemeinsam die Vertreibung der Schule in Preußen zu vollenden.

Aber alle diese unerschütterten Erfolge waren doch nur möglich unter den Voraussetzungen des Kulturkampfes, der dem Zentrum die Masse eines oppositionellen Volkspartieschenkte. Nur der es wider die natürlichen zentrifugalen Kräfte der Wahlrechtsänderung zu verbergen, auszuheben unimstande waren. Von dem Moment an, da das Zentrum endlich auch für das gleiche zu werden, was es ist. Es hat im letzten Jahre, in dessen Wahlen, bei Reichstagswahlen eine Parteipolitik durchgeführt zu verbergen, auszuheben unimstande waren. Von dem Moment an, da das Zentrum endlich auch für das gleiche zu werden, was es ist. Es hat im letzten Jahre, in dessen Wahlen, bei Reichstagswahlen eine Parteipolitik durchgeführt zu verbergen, auszuheben unimstande waren.

brand: Mit provozierender Schamlosigkeit proklamieren sie die Gewalttätigkeit der Reaktion, als ob sie auf eine Katastrophe abzielen, in der dann die Kirche sich als Retter des Vaterlandes betätigen könnte. Niemals hat das Zentrum so verlogen auf die demokratische Schminke verzichtet wie jetzt. Die Gemeinschaft des schwarz-blauen Blocks durchdringt alle Fasern der klerikalen Politik von heute. Niemals hat man so frech die reaktionäre Wölfe aufgedeckt wie jetzt bei den preussischen Wahlrechtskämpfen, niemals hat man die klerikalen Ansprüche so brutal erhoben wie bei dem Ferrer-Mord oder jetzt beim Vorromäus-Lärm; und niemals hat man auch so rücksichtslos die sozialpolitischen Flüssen aufgegeben wie gegenwärtig in der Reichsversicherungs-Kommission, wo das Zentrum geradezu den wüßfertigen Agenten der industriellen Scharfmacher spielt.

Was es sich im Reich und in Preußen damit auszuwerden versucht, daß es doch nicht die Mehrheit habe, also vermittelte, ausgleichen, nachgeben müsse, so sehr dieser entscheidende Einfall in dem Bundesstaat, von der Klerikalismus mit einer parlamentarischen Zweidrittel-Mehrheit die größte Macht unter allen Ländern der Erde besitzt: in Bayern. Auch hier legt sich das Zentrum keine Regeln mehr an, es treibt die reaktionäre Politik der Gewalt, schließt die Regierung ein, denunziert, verfolgt, hegt und demütigt sich, jeden zu vernichten, der seine Herrschaft auch nur kritisch antastet. Und um das Vertrauen seiner Wähler nicht zu verlieren, treibt es eine Agitation schmutziger Schamlosigkeit, die auf die niedrigsten Leidenschaften und die argste Beschränktheit und Unwissenheit beruht. Die Propaganda des Zentrumsführers ist wirklich nicht mehr zu unterscheiden von der Taktik der Pogrome.

Man hat diesen klerikalen Ausschweifungen der letzten Zeit in Bayern lange nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt, und doch zeigen gerade diese Beispiele, wessen wir uns vom Zentrum zu versehen haben, wenn es seine Macht ernsthaft beabsichtigt.

Es ist erst eine kurze Zeit verfloßen, seitdem in der bayerischen Kammer ein Zentrumsgesetz die Regierung zum Kampf gegen den Umsturz aufrief, weil in Nürnberg streikende Arbeiter eines bormierten Unternehmers etwas temperamentvoll gegen einen jammervollen Streikbrecher gestreut wurde, das unter einen aufreizenden Polizeispruch gestellt wurde. Die harmlos waren jene Vorgänge im Vergleich zu den niederbayerischen Viehräubern, wo man Wirtschaften in Brand gesetzt, Häuser demoliert, Menschen mißhandelt hat. Wer hat diese Raubzüge und Gewalttätigkeiten veranlaßt, die genügen würden, einem Ausnahmegesetz den Vorwand zu liefern, wenn niemals in Lohnkämpfen Arbeiter nur den zehnten Teil dieser Ausschreitungen sich zuschulden kommen ließen? Die Subversion der sozialdemokratischen Presse gegen die Viehräuberzeugung, die ein Münchner Zentrumsbüchlein, selten verantwortlich zu machen — für Kravalle in einer Gegend, in die kein sozialdemokratisches Zeitungsbüchlein sich jemals verirrt. Wer aber hat nun jene Unruhen wirklich aus dem Gewissen? Dasselbe Zentrum, das im Parlament gefesselt seligste, daß die Drauer den vom Zentrum beschlossenen Walfang auf die Verbraucher abwälzen sollten, regte die Bevölkerung gegen die Viehräuberzeugung und die Drauer auf. Auf den Randgebieten Dr. Wickers und der Wendelstein Dr. v. Dalters, das Straubinger Tageblatt, auch ein Wiesengrün ein und verdrängten nebenbei auch noch das Bier; das Publikum wäre geradezu dumm, wenn es sich nicht dagegen wehren würde. In Regensburg b. Walfang predigte der Ortsparrer über den Wucher und sagte dabei: „Den gleichen Wucher vollführt zurzeit der glorreiche Drauer, indem er uns das Bier verteuert.“ All das ist in der vorigen Woche von sozialdemokratischer Seite in der Kammer unbedenklich festgestellt worden.

So trägt das Zentrum, um den Wirkungen seiner eigenen Politik zu entgehen: Während es in den Parlamenten die äußerste Politik reaktionärer Instanz und Gewalt treibt, treibt es — oppositionell und demokratisch — die Wähler zur Verfolgung derer auf, welche die Zentrumspolitik zu verhindern suchen, indem es seinen Gegnern insofern die Verantwortung für eigenen Volksausbeutung aufbürdet. Diese klerikale Demagogie, die jede Woge für erlaubt hält, wird die kommenden Aufregungen durch ein Wahlpolitischer Verwahrlosung, durch eine vor nicht zurückschreckende Wahlpolitik vergiften, wie wir es noch nicht in Deutschland erlebt haben.

Alle freibewilligen Menschen müssen sich zusammenscharen, um der klerikal-junkerklichen Macht Herr zu werden — auch in Deutschland.

Neue Wahlrechtskämpfe in Belgien.

Die Kampfe des Wahlrechts um die Befreiung des belgischen Wahlrechts haben sich in Belgien jetzt wieder in Reich und Welt im öffentlichen Bewusstsein geltend gemacht. Auf dem außerordentlichen Kongreß der belgischen Sozialdemokraten in Brüssel am 22. Mai wurde die Wahlrechtsfrage als die wichtigste Angelegenheit der Tagesordnung behandelt. Der Kongreß hat sich für die Einführung eines außerordentlichen Wahlrechts ausgesprochen, das die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts vorbereiten soll. Die Sozialdemokraten in Belgien haben sich für die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen, das die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts vorbereiten soll.

Belgien, das einst den Liberalen als das Musterland der konstitutionellen Monarchie galt, ist ein klassisches Land der proletarischen Wahlrechtskämpfe geworden. Unverkennbar lebt in uns die Erinnerung an die heldenhafte Anstrengungen, die das belgische Proletariat zu Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts unternahm, um die Fesseln des Zensuswahlrechts zu brechen. Durch große heftige Kämpfe, die im Generalstreik gipfelten, gelang es, die Entziehung bis zu einem gewissen Grade zu beseitigen. Freilich, es gelang noch nicht, das gleiche Wahlrecht zu erzwingen, es kam das Pluralstimmen-Unrecht. Einige Jahre später wurde durch neue Kämpfe auf das Pluralwahlrecht die Proportionalwahl gepflanzt, eine Verbesserung, aber noch keine Gleichberechtigung. Seitdem hat sich die belgische Sozialdemokratie in und außer dem Parlamente immer mehr entwickelt. Und jetzt stehen wir wieder vor neuen Wahlrechtsbewegungen.

Dieser belgische Kampf hat seine große Bedeutung gerade auch für uns deutsche Sozialdemokraten. Denn das belgische Pluralstimmen-System ist zum Vorbild für die reaktionären deutschen Einzelstaaten geworden. In Sachsen ist es verwirklicht worden und in Preußen strebt der reaktionäre Nationalliberalismus nach dem gleichen Ziel. Dieses System schien zu einer europäischen Gefahr werden zu wollen. Das Pluralwahlrecht in den drei Industriestaaten Belgien, Preußen, Sachsen zur Einführung bringen, das hieß von der Nordsee bis an das Riesengebirge einen Wall gegen die Ansprüche des Proletariats errichten, der nicht leicht zu überrennen war. Darum dürfen wir es als eine Erlösung von einem Alp betrachten, daß vor dem Zustandekommen einer preussischen Wahlrechtsreform auch das neue Wahlrecht auch in Sachsen recht eingewurzelt ist. Der Kampf in Belgien wieder beginnen soll, daß das Pluralwahlrecht in Belgien, dann sind wir auch in Deutschland wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen!

Kongreß der belgischen Sozialdemokratie.

Kurz nach den Wahlen am 22. Mai hat sich der Generalrat der belgischen Partei mit der außerordentlichen politischen Situation beschäftigt, die durch den Ausgang der Wahlen beziehungsweise durch die amtliche Feststellung der Wahlergebnisse geschaffen wurde, aus der hervorging, daß die klerikale Regierungspartei die Mehrheit bei der Wahlerschaft besitzt.

Der Generalrat hat sich für die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses entschieden, damit die Vertreter der Partei über die Aufgabe der Sozialdemokratie dieser „revolutionären“ Situation gegenüber und über die Methoden in dem Kampfe gegen die Regierung beraten.

Der Kongreß fand am 22. und 27. Juni im Brüsseler Hotel de la Paix statt. Es waren 388 Gruppen mit 504 Delegierten vertreten. Von der Wichtigkeit der Diskussion über den Punkt „Politische Situation“ — oder genauer: die Frage des allgemeinen Wahlrechts und Revision des Gesetzes über den Proporz, was schon die Tatsache eine Vorstellung geben, daß acht Tagesordnungen vorliegen, darunter als meist umstrittene die von den Deputierten Deltre und Hudin vertretene der Föderation von Charleroi, die den Kampf um Wahlrecht vorläufig aufschob und um die Revision des Gesetzes über den Proporz ins erste Treffen stellt und als alleiniges Ziel aufstellt; und die des Senats Dind, die durch eine Obstruktion „mit bestimmtem Datum“, wie Banderdelve sagte, die Auflösung der Kammer herbeiführen will. Angenommen wurde fast einstimmig die Resolution Weymans, die, wie ihr Verfasser meinte, zwischen den anderen Resolutionen den richtigen Ausgleich treffe. Die Resolution stellt fest, daß die Regierung nicht mehr die durch das Pluralstimmen ausgeübte Mehrheit repräsentiert, und daß diese Situation mit Recht als „revolutionär“ bezeichnet werden kann, da sie den parlamentarischen Mechanismus förmlich zu zerstören, was dem reaktionären Hochverrat des Pluralstimmens darstellt. Es heißt dann weiter: Der Kongreß erklärt: daß einerseits die sozialistischen Parteien beim Kongresszusammentritt die Frage nach der Verantwortlichkeit der Wählerhaltung der klerikalen Regierung zu stellen, eine Revision des Gesetzes über das Proportionalstimmen zu fordern und alle Kraft aufzubringen haben, um eine Wahlprüfung der Kammer herbeizuführen; und andererseits, eine Bewegung organisiert werden solle, ähnlich jener, die der Antineutralität des Zensuswahlrechts vorangegangen war, und alle Mittel im Wert gesetzt werden, um diese Agitation zum Triumph zu führen. Die Resolution fordert ferner von der sozialistischen Wählerhaltung, daß sie sich mit Energie für die Vertreibung der klerikalen Regierung einsetzen, besonders für die Arbeiterparteien, die gezielte Regelung der Arbeit der Gewerkschaften, die Wahlrechtsfreiheit für die Staatsarbeiter und die Abschaffung des § 310 des Strafgesetzes.

Der letzte Schlag der Resolution betont endlich, daß die auf Grund dieser Pluralstimmen geführte Propaganda das Ziel haben muß, die Wahlpolitischer der Arbeiterpartei klar herauszuarbeiten und deutlich aufzuzeigen, was sie von dem Ziele und der Taktik aller Sozialdemokraten unterscheiden und lernen.

Als erster Redner trat Senelle Dind (Zürich), der meint, daß man mit einem bloßen Kampf für die Revision des Gesetzes nicht eine Wahlprüfung erreichen kann. Er fordert einen juristischen Kampf für das allgemeine Wahlrecht durch eine Wahlprüfung gegen die Sozialdemokraten. In diesem Kampf müsse man mit dem Liberalen mithelfen, aber daß aber die sozialistische Agitation nicht ablassen dürfe.

Walters meinte nicht an dem Triumph einer Bewegung für das allgemeine Wahlrecht, sondern an die Vertreibung der Kammer. Die Arbeiterpartei müsse die notwendigen sozialen Maßnahmen zu ergreifen.